

Schliessung der Poststellen im Kanton Freiburg

Anfrage

Die Post als Dienstleistungsbetrieb ist bei der ganzen Bevölkerung bekannt. Leider erfüllt sie die Rechtfertigung als Dienstleistungsbetrieb nicht mehr, wie man aus der FN vom 20. August 2010 entnehmen kann; ich spreche hier von der Poststelle in Schwarzsee. Auf der einen Seite versucht man alles für die Gewinnung des Tourismus im Schwarzseeetal auf Vordermann zu bringen, was ich voll unterstütze, auf der andern Seite kommt die Post und will die Poststelle schliessen.

Meine Fragen an den Staatsrat:

1. Was macht der Staatsrat und welche Massnahmen trifft er gegen die Schliessung der Poststelle Schwarzsee und für die übrigen Poststellen im Kanton Freiburg, die mit der Schliessung zu kämpfen haben?
2. Ist sich der Staatsrat im Klaren, welche Folgen die Schliessung von Poststellen im Kanton für die Bevölkerung in den betroffenen Ortschaften und Gemeinden mit sich bringt (ältere Bürgerinnen und Bürger, und solche, die nicht im Besitze eines Computers oder den Umgang mit ihm nicht gewohnt sind)?
3. Gedenkt der Staatsrat bei der Post vorstellig zu werden zum Thema Schliessung von Poststellen im Kanton Freiburg?

24. August 2010

Antwort des Staatsrats

Die Schweizerische Post überarbeitet zurzeit ihr Poststellennetz. Im Kanton Freiburg sind insgesamt 39 Poststellen von dieser Überprüfung betroffen. Mögliche Lösungen sind die Weiterführung der Poststelle, die Einführung eines Hausservices oder die Einrichtung einer Agentur.

Der Staatsrat verfolgt die Entwicklung seit Beginn und legt grossen Wert darauf, dass die Bevölkerung des Kantons Freiburg auch künftig von einem uneingeschränkten Zugang zu den Postdienstleistungen profitieren kann und dass die wirtschaftlichen Interessen des Kantons, insbesondere im Bereich des Tourismus, gebührend berücksichtigt werden.

Der Staatsrat beantwortet die Fragen von Grossrat Fasel wie folgt:

1. *Was macht der Staatsrat und welche Massnahmen trifft er gegen die Schliessung der Poststelle Schwarzsee und für die übrigen Poststellen im Kanton Freiburg, die mit der Schliessung zu kämpfen haben?*

Nachdem im Frühjahr 2009 bekannt wurde, dass im Kanton Freiburg möglicherweise Poststellen geschlossen werden, hat der Staatsrat ein Treffen mit der Direktion der Post verlangt. Im Verlauf dieses Treffens hat die Post gegenüber einer Delegation des Staatsrats bestätigt, dass sie im Dialog mit den betroffenen Gemeinden einvernehmliche Lösungen finden wolle.

In der Folge hat der Staatsrat am 22. Juni 2009 ein Treffen zwischen der Postführung und den betroffenen Freiburger Gemeinden organisiert. Anlässlich dieses Treffens informierte die Post über ihre Absichten. Sie versicherte dem Staatsrat und den anwesenden

Gemeindevertreterinnen und -vertretern, dass in allen Fällen das Gespräch mit der betroffenen Gemeinde gesucht und eine einvernehmliche Lösung angestrebt wird. Wird keine einvernehmliche Lösung erzielt, hat die betroffene Gemeinde gemäss Postverordnung die Möglichkeit, sich an die Kommission Poststellen zu wenden. Diese Kommission ist vom Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) eingesetzt und prüft die Einhaltung der Regeln der Postverordnung.

Der Staatsrat verlangte von der Post, regelmässig über die weitere Entwicklung informiert zu werden. Entsprechende Treffen zwischen der Post und einer Delegation des Staatsrats fanden am 12. März und am 17. November 2010 statt.

2. *Ist sich der Staatsrat im Klaren, welche Folgen die Schliessung von Poststellen im Kanton für die Bevölkerung in den betroffenen Ortschaften und Gemeinden mit sich bringt (ältere Bürgerinnen und Bürger, und solche, die nicht im Besitze eines Computers oder den Umgang mit ihm nicht gewohnt sind)?*

Der Staatsrat ist sich der Bedeutung der postalischen Grundversorgung für die Bevölkerung, die Wirtschaft und insbesondere auch für Tourismusregionen bewusst und hat gegenüber der Post zum Ausdruck gebracht, dass er auch weiterhin für den gesamten Kanton eine flächendeckende Grundversorgung mit Postdienstleistungen erwartet. Der Zugang zu den Postdienstleistungen muss dabei auch für ältere Bürgerinnen und Bürger möglich sein. In Ortschaften von touristischer Bedeutung müssen die spezifischen Bedürfnisse entsprechend berücksichtigt werden.

Anlässlich des Treffens vom 17. November 2010 orientierte die Post über den heutigen Stand der Umsetzung des Projekts zur Überprüfung des Poststellennetzes im Kanton Freiburg. In den letzten 3 Jahren wurde demzufolge die Anzahl Kunden-Zugangspunkte von 191 (2008) auf 190 (Nov. 2010) reduziert. Die Anzahl physischer Zugangspunkte (Poststellen, Agenturen) wurde im selben Zeitraum um 7 auf heute 106 reduziert. Von den ursprünglich 39 von der Überprüfung betroffenen Poststellen konnte die Post in Zusammenarbeit mit den Gemeinden bis heute für 19 eine einvernehmliche Lösung finden. Fünf bleiben als Poststellen erhalten, sechs Poststellen werden durch eine Agentur abgelöst und in acht Fällen wird ein Hausservice eingeführt. Die Umsetzung erfolgt laufend. Bei den restlichen 20 Poststellen ist noch kein Entscheid getroffen worden.

3. *Gedenkt der Staatsrat bei der Post vorstellig zu werden zum Thema Schliessung von Poststellen im Kanton Freiburg?*

Bezüglich der Poststelle Schwarzsee ist die Post gegenwärtig in Gesprächen mit der Gemeinde Plaffeien, um den künftigen Zugang zu Dienstleistungen der Post in Schwarzsee zu analysieren. Als mögliche Alternativen standen der Hausservice und eine Agentur zur Diskussion.

Die Delegation des Staatsrates konnte anlässlich des letzten Treffens die Direktion der Post davon überzeugen, dass der Hausservice die touristischen Bedürfnisse in Schwarzsee bezüglich des Zugangs zu Postdienstleistungen nicht abzudecken vermag. Die Post erklärte sich in der Folge bereit, diese Lösung zu Gunsten einer Agentur nicht weiter zu verfolgen. Eine Agentur hat gegenüber der heutigen Situation mit einer Öffnungszeit von einer Stunde am Morgen und zwei Stunden am Nachmittag den Vorteil, dass der Zugang deutlich ausgedehnter sein wird. Die Gemeinde Plaffeien steht einer Agenturlösung positiv gegenüber, verlangt aber eine angemessene Übergangsfrist. Die Post hat bereits in Aussicht gestellt, die Möglichkeit einer längeren Frist zu prüfen, um damit für eine angemessene Lösung Hand zu bieten.

Freiburg, den 30. November 2010